

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Eisblatt und Anzeiger).

Städtisches Postamt  
Gemein Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte mit der  
Stadts der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postkontos: Dresden 138  
Girokonto: Nr. 52.

Nr. 11.

Montag, 14. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2,20 Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Beschädigungen der Abzüge und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Rundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; je längerer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die französische und die belgische Antwort in Berlin eingetroffen.

\*) Berlin. Wie berichtet wird, sind die französische und die belgische Antwortnote im Auswärtigen Amt überbracht worden. In die beiden Noten zusammen 29 Seiten stark sind, konnte ihre Bearbeitung durch die zuständigen Referatsstellen noch nicht begonnen werden. Das Kabinett wird über die Noten voraussichtlich erst dann beraten, wenn der deutsche Geschäftsträger in Paris von Berlin in Berlin eingetroffen ist, also nicht vor Dienstag.

### Dr. Noediger in Berlin eingetroffen.

\*) Berlin. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Dr. Noediger, ist gestern in Berlin eingetroffen. Der Geschäftsträger in Paris, v. Goelch, der seine Abreise wegen leichter Erkrankung verschoben mußte, wird voraussichtlich am Dienstag früh in Berlin sein.

### Keine Veröffentlichung der französischen und belgischen Antwortnoten.

\*) Berlin. Wie die Telegrammen-Union an zuständiger Stelle erfährt, ist nach Vereinbarung zwischen den beteiligten Staaten eine Veröffentlichung der französischen und belgischen Antwortnoten nicht beabsichtigt.

## Die politische Sphäre.

Drei Wochen nach der Ueberreichung der letzten deutschen Vorschläge in Paris und Brüssel sind nunmehr die Antworten erteilt worden. Ihre Wortlaut wird der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Was über den Inhalt aus der französischen und belgischen Presse bekannt geworden ist, läßt als Unterton das „Nein“ durchklingen, indes, so wird berichtet, soll daraus nicht geschlossen werden, daß das den Verhandlungen bedeuten solle. Es wäre verfehlt und auf jeden Fall verfrüht, wenn man aus dieser Tatsache den Schluß ableiten würde, daß nun die weiteren Verhandlungen sich reibungslos vollziehen würden; noch weniger ist der Optimismus am Platze, mit dem vorhin die deutschen Weihnachtsvorschläge in der deutschen Öffentlichkeit begrüßt wurden. Wenn diese sich schon mit der Tatsache abfinden muß, in Lebensfragen des Volkes mit den unkontrollierbaren Nachrichten der Auslandspresse zu einem großen Teile abgelehrt zu werden, so wird es des ganzen diplomatischen Geschehens einer sich ihrer Ziele bewußten Regierung bedürfen, um vor allem zu verhindern, daß die neu einsetzenden Verhandlungen nicht auf ein Wortgeplänkel hinauslaufen, das Polincars gewandte Advokatur wieder als schlechten Willen Deutschlands und als neuen Schuldbeweis auslegt. Deshalb erscheint es von Bedeutung das Beweils- und Verhandlungsschema vor aller Welt eindeutig festzustellen. Sind die Antwortnoten Frankreichs und Belgiens, wie die Elemente-Propaganda sich ausdrückt, nur technischer Natur, so ist die Technik der Vermittlung zur Genüge bekannt. Polincars will aber die Behandlung des ganzen Fragenkomplexes dieser Zeit in der Einzelfrage. Deshalb muß vor allem volle Klarheit geschaffen werden, daß Deutschland nicht in eine neue Sackgasse gelockt wird.

Ein zweites muß dazu kommen: Bestimmtheit und das Bewußtsein, daß Deutschland allein steht in der Welt, daß alles Hoffen und Träumen auf einen Bestand von anderer Seite zwecklos ist. Die Unveränderlichkeit dürfte der Brief bei zu erwartenden englischen Premierministers Ramsay MacDonald an den französischen Sozialistenführer Renaudel und dessen Auslegung durch den Briefschreiber selbst zur Vorsicht mahnen. „Ich wünsche die Freundschaft mit Frankreich zu pflegen“ — so sagte der englische Arbeiterführer — gerade in dem Augenblicke, in dem Frankreich dem nach der Falsch entandenen englischen Beauftragten mit der elementarsten Hausnotwendigkeit den Stuhl vor die Tür setzte. Deshalb oder trotzdem hofft gerade Frankreich auf eine Besserung seiner Beziehungen zu England. So ist es mit England — so ist es mit Amerika. Deutschland ist auf sich allein gestellt und von der Art, wie es jetzt seinen Weg geht, wird vieles, ja alles abhängen. Kein unglückliches Klagen — aber auch keine Bestimmtheit ohne die Tat, kein Kraftverstum des Wortes, das so viel Unheil schon angerichtet hat. Auch Deutschland muß die Erledigung des ganzen Fragenkomplexes anstreben — aber auch nicht auf Grund einseitigen Diktats und vager Forderungen. Ferner muß mehr der Gedanke herausgehoben werden, daß die Erfüllung des Vertrages von Versailles, soweit diese überhaupt im Bereich des Möglichen liegt, im wesentlichen abhängig ist von der staatspolitischen und staatsrechtlichen Integrität aller Deutschland in diesem Vertrage verbündeten Gebiete, wozu als erstes die staatsliche Oberhoheit gehört. Endlich muß ein klarer Trennungspunkt gezogen werden zwischen der französischen Regierung an der Seine und jener am Rhein. Erstere ist Verhandlungsgegnerin und Verantwortungsträgerin. Deshalb vor allem Klarheit über das Verhandlungsthema, dessen einmündige Festlegung unter Zustimmung aller Parteien! Das politische Kalkül hat lange genug gehauert; es sollte in Deutschland weder an gutem Willen — ein weniger wäre oft mehr gewesen — noch an Einsicht; aber es sollte zu Bestimmtheit, Klugheit und Zielstrebigkeit. Man glaube zu zögeln und wurde gehoben von allen möglichen Seiten, oft in geradezu unverständlicher deutscher Gutwilligkeit. Dazu die entsehlige Herrlichkeit, im Innern dieses Ringens, Strebens und Liebens, diese Glorioten um Taten, die das Ausland gar nicht mehr bedachte. Man sprach in früherer Zeit oft genug von der Homogenität des Kabinetts. Ein unheimliches Wortesbild, aber nicht ohne einen Kern von Berechtigung.

nicht ohne eine Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten. Sie gehört der Vergangenheit an, aus der keine Weisheit gezogen werden sollen. Aber nur das Bessere ist der Feind des Guten nicht immer das Neuzere und Neue. Deutschland kann hoffen und fürchten, aber nur jetzt kein Wehen in verkehrten Bahnen und kein Halten auf halbem Wege, das Rätsel der politischen Sphäre kann und muß gelöst werden.

## Gegen die Kontrollschikanen.

Obwohl auch von englischer Seite amtlich zum Ausdruck gebracht ist, daß für irgendwelche Kontrollschikanen angeht die erste Entschlossenung Deutschlands nicht der geringste Grund mehr vorliegt, hat Frankreich dennoch die Wiedereinführung dieser Maßnahmen durchgesetzt, um das Geschäft dauernder Demütigung in dem belagerten Lande nach zu erhalten und auf der anderen Seite die großzügig organisierte Wirtschaftsschwäche weiter zu betreiben. Die Reichsregierung hat nach mehrfachen Warnungen nachgegeben und erklärt, daß sie die Wiederaufnahme der Kontrollbesuche ermöglichen werde. Sie hat jedoch nochmals darauf hingewiesen, daß nach Artikel 5 des Versailler Vertrages zum mindesten die Ueberwachung der militärischen Stellen in Deutschland keine Berechtigung mehr hat, daß nationenfalls nur noch Spezialuntersuchungen, soweit sie vom Völkerbundsrat angeordnet werden sollten, zulässig sind. Die bestimmt ausgesprochene Erwartung der Deutschen Reichsregierung, daß diese sachlich unantastbare Auffassung Verständnis auf der Gegenseite finden wird, dürfte allerdings kaum in Erfüllung gehen. Frankreich besteht nicht nur auf seinem Schien. Es drückt keine Forderungen auch dort durch, wo nicht der geringste Rechtsgrund mehr vorhanden ist.

### Die deutsche Note an Kollet.

\*) Berlin, 12. Januar. Die Note, die seitens der Reichsregierung unter 9. Januar an die Interalliierte Militär-Kontrollkommission gerichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 30. v. Mts. (Stat-Major Première Section Nr. 2523) zu bestätigen, in der Sie anklagen, daß am 10. und 12. 1. in Köln, Berlin, Dresden, Stuttgart, München, Eberhorn, Breslau und Frankfurt a. M. Kontrollbesuche vorgenommen werden sollen. Die deutschen Verbindungsstellen und die für die Kontrolle selbst in Betracht kommenden Behörden sind angewiesen, den Kontrolloffizieren die Durchführung dieser Besuche zu ermöglichen.

Die Reichsregierung hat mich indessen beauftragt, Ihnen, Herr General, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß ihrer Ansicht nach die Kontrollkommission ihre Aufgabe, soweit diese sie mit militärischen Stellen in persönlichen Kontakt bringt, beendet hat. Diejenigen Aufgaben, welche die Wirtschaftskontrollkommission als noch offen betrachtet und an deren Durchführung die Deutsche Regierung mitwirken durchzuführen bereit ist, erfordern keine Besuche bei militärischen Stellen. Abgesehen von jenen noch offenen Aufgaben ist alles, was der Teil V des Vertrags von Versailles an Abrüstungsbedingungen enthält, längst erfüllt worden. Der durch diese Abrüstung geschaffene Zustand unterliegt nach Art. 213 des Vertrags von Versailles nicht dauernder Kontrolle, sondern lediglich der Möglichkeit einer etwa aus besonderen Gründen vom Räte des Völkerbundes anzuordnenden Spezialuntersuchung. Wenn die Deutsche Regierung gleichwohl für die für den 10. und 12. ds. Mts. in Aussicht genommenen Kontrollbesuche die Voraussetzungen geschaffen hat, so hat sie das getan in der g. wiss. Erwartung, daß ihr oben dargelegte Rechtsauffassung auch bei der Interalliierten Militär-Kontrollkommission volle Würdigung finden und daß von weiteren Kontrollbesuchen abgesehen werden wird.“

ges. Mor aht.

## Zum Attentat in Speyer.

\*) Heidelberg. In dem vom „Matin“ veröffentlichten Brief, in dem Mitglieder der Organisation Oberland als Mörder an dem Separatistenführer Heins bezeichnet werden, wird von zuständigen Stelle mitgeteilt, daß die Untersuchung, soweit die verfassungsmäßige preussische Regierung sie vornehmen konnte, den Beweis erbrachte, daß das Attentat nicht von Mitgliedern der genannten Organisation, sondern von deutsch gesinnten jungen Leuten verübt wurde und sich als ein Verweilungsakt gegen die unerhörte Bedrückung durch die Separatisten darstellt. Der Dialekt und das Auftreten der jungen Leute sowie ihre genaue örtliche Kenntnis der Verhältnisse in Speyer geben zu dieser Annahme Anlaß.

Die Opfer der separatistischen Bewegung. \*) Mannheim. Ueber die Opfer der separatistischen Bewegung in der Pfalz erhalten wir folgende Statistik: Ausgewiesen sind bis jetzt etwa 70 Beamte und Privatleute mit etwa 130 Familienangehörigen, verhaftet einschließlich der jetzt nur vorübergehend Festgenommenen über 100 Personen, verurteilt auf beiden Seiten ebenfalls über 100 Personen und getötet über 50.

### Beobachtung der Lage durch England.

\*) Paris. In Paris wird angenommen, daß der englische Generalkonsul Clive in München heute in der Pfalz angekommen wird, um im Auftrage seiner Regierung eine Enquete über das Verhalten der französischen Behörden gegenüber der Bewegung der Sonderbündler zu veranlassen. Das „Echo de Paris“ berichtet, daß die Verhandlungen der Rheinlandkommission vom 2. Januar über die Anerkennung der Verordnungen der vormaligen Regierung der Sonder-

bündler nur einen vorläufigen Charakter gehabt hätten, da die Entscheidungen gegen die Stimme des englischen Delegierten getroffen worden seien. Es hätte also eine zweite Beratung stattfinden müssen, die am Donnerstag begonnen habe. Sie sei aber auf Anraten Belgiens vertagt worden. Die englische Regierung könne nun zwischen der Anerkennung der preussischen Regierung und der Prozedur wählen, in die sie im Begriff steht sich einzulassen. Eine mittlere Linie gebe es nicht. Das Vorgehen Englands hätte bisher einen nur freundschaftlichen Charakter tragen können. Das sei aber jetzt, nach der Ermordung des Separatistenführers Heins kaum möglich. Wenn der englische Generalkonsul in der französischen Besetzung eine Enquete gegen den Willen des Kommandanten veranlasse, müsse er notwendigerweise der Autorität der Rheinlandkommission Abbruch tun. Sein Vorgehen würde gegen die Rheinlandakte, gegen die Geschäftsordnung der Rheinlandkommission verstoßen. Im Jahre 1921 habe die Rheinlandkommission bestimmt, daß das Grenzgebiet des Deutschen Reiches für ausländische Konsuln im besetzten Gebiet nur nach Zustimmung der Rheinlandkommission gültig sei. Es frage sich also, ob Generalkonsul Clive um diese Zustimmung nachgefragt habe. Das sei aber nicht der Fall. Die französische Regierung werde die britische Gesche damit beantworten, daß sie einen Minister Lektüre, der Generalkonsul Clive bei seiner Reise begleiten würde,

## Auch bezüglich des Saargebietes beginnt es den Engländern zu dämmern.

Die „Times“ schreibt in einem Artikel über das Saargebiet: Das Saargebiet ist auf der Friedenskonferenz nicht Frankreich anvertraut worden, sondern dem Völkerbund. Durch die verschiedenen Mittel, wie Kapitalherababgabe, Postamt, Diplomatie und Zielbewußtheit, ist es Frankreich gelungen, sich wirtschaftlich in diesem Gebiet fest einzurichten. Nun ist Frankreich im Begriff, die Bevölkerung zu zwingen, die französische Sprache zu benutzen. Französische Schulen werden dort eingerichtet, wo sie nicht existieren sollten und der Friedensvertrag keinerlei Genehmigung in das übliche deutsche Erziehungssystem vorgegeben hat. Weder Unfreiheit und Bedrückung sind Güter, die in England bereits solange fest verankert sind, daß man sich die Unterdrückung dieser Rechte schwer vorstellen kann. Es ist trotzdem richtig, daß eine überlegte Unterdrückung in Weizenopfer erfolgt, für die England umso weniger Empathien haben kann, als wir der Ueberzeugung sind, daß diese Politik nicht gerechert ist, Frankreichs Sicherheit zu gewährleisten.“ — Was die „Times“ da schreibt, ist Wort für Wort richtig. Dasselbe gilt nicht man in England auch die Konsequenzen daraus.

## Der Zusammentritt

### des ersten Sachverständigen-Ausschusses.

\*) Paris. Heute vormittag um 11 Uhr tritt das erste Sachverständigenkomitee zur Prüfung der deutschen Staatsschulden und der Stützung der Mark unter dem Vorsitz des Herrn Barthou zusammen. Der Präsident der Reparationskommission wird die amerikanischen, britischen, französischen, belgischen und italienischen Sachverständigen in einer Begrüßungsansprache willkommen heißen. General Dawes wird darauf mit einer Rede antworten und den Vorsitz des Komitees übernehmen. Die italienischen Delegierten Pirelli, Flora und Albertini sind gestern früh in Paris eingetroffen. Die belgischen Delegierten Franqui, Fontat und Jannick wurden gestern erwartet.

## Kein Reichskommissar für Thüringen.

\*) Berlin. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung sind, wie der „Montagmorgen“ erfährt, endgültig zum Abbruch gelangt. Das Reich verzichtet endgültig auf die Ernennung eines Reichskommissars sowie auf die übrigen geplanten Exekutivmaßnahmen, dagegen ist die thüringische Regierung verschiedene Verpflichtungen eingegangen. Sowohl die Reichsregierung wie die thüringische Staatsregierung werden die gegenseitigen Vereinbarungen im Laufe des Monats der Öffentlichkeit übergeben.

## Deutschenhilfe vom Ausland.

\*) Hamburg. Das Central Relief Committee New York, die bekannte Hilfsorganisation der Deutsch-Amerikaner, stellte dem Deutschen Roten Kreuz wiederum eine Spende von 4000 Sack Mehl und 2000 Kisten Milch im Gesamtgewicht von 300.000 Kilogramm zur Linderung der Not im Ruhrgebiet, sowie in den alpbekanntesten Landesteilen zur Verfügung. Die in Frage kommenden Dampfer sind dieses Tage in Hamburg eingetroffen. Die Weiterleitung findet durch den Hamburgerischen Landesverein vom Roten Kreuz statt. Der Wert der hochherzigen Spende beträgt 40.000 Dollar.

Berlin. Für verschiedene Wohlfahrtszwecke sind aus Wien wiederum 36.806.900 österreichische Kronen und aus Graz 2.409.200 österreichische Kronen überwiesen worden.

Durch Vermittlung der Redaktion des Bester Lloyd hat Baron Lörs dem Deutschen Roten Kreuz 500.000 ungarische Kronen zur Verfügung gestellt.

Aus einer Sammlung unter den Deutschen in Palermo zur Linderung der deutschen Not sind 453 italienische Lire eingegangen.

Herr Groot in Riga hat 2000 lettische Rubel für hungernde Kinder gespendet.

Die Buchhandlung Robert Campel in Budapest hat zur Verteilung an bedürftige Buchdruckerhelfer in Deutschland 144.800 ungarische Kronen aktiviert.